



---

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid  
Elberfelder Straße 39  
42853 Remscheid

Drucksache **15/4687**

Telefon 0 21 91/92 74 30  
Fax 0 21 91/92 74 32  
Email info@rs-spd.de

Internet www.spd-remscheid.de

---

**Antrag**  
der Fraktion

**Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen**

---

**Beratungsfolge**

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen	13.03.2018	Vorberatung
1	Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss	15.03.2018	Entscheidung

**Öffentlichkeit**

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

---

**Remscheid, 12.03.2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die SPD-Fraktion stellt in der o. a. Sitzung nachfolgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. umgehend die langen Bearbeitungszeiten durch Neuordnung der Prozesse deutlich zu reduzieren,
2. die bisherigen vorschussberechtigten Eltern auf die neue gesetzliche Regelung seit Juli 2017 durch ein Informationsschreiben hinzuweisen.

**Begründung:**

In der Mitteilungsvorlage 13/4506 teilte die Verwaltung mit, dass sich mit Ausweitung des Unterhaltsvorschusses seit dem 01.07.2017 die Bearbeitungszeiten auf bis zu 6 Monate, von ehemals 4 - 6 Wochen, deutlich verlängert haben.

---

Obwohl das Thema der Änderung des Unterhaltsvorschusses zahlreich in den Medien thematisiert wurde, wäre es ein besonderes Zeichen der Bürger- und Familienfreundlichkeit in unserer Stadt, wenn die Stadtverwaltung die bisher berechtigten Eltern auf den verlängerten Zeitraum der Vorschussgewährung hinweisen würde.

Der auf Bundesebene beschlossene deutlich längere Zeitraum für die Gewährung von Unterhaltsvorschuss ist sozialpolitisch ein wichtiges Signal, da nunmehr die alleinerziehenden Eltern eine deutlich bessere Unterstützung erhalten. Insbesondere wenn sich der andere Elternteil - häufig die Väter - ihrer Pflicht zur Zahlung von Unterhalt entziehen.

Besonders für alleinerziehende Eltern ist der finanzielle Druck durch ausbleibenden Unterhalt eine erhebliche Belastung. Zugleich steigt besonders für diese Kinder das Risiko, mit großen Nachteilen in ihr Leben zu starten.

Kontraproduktiv ist es, wenn die Berechtigten nunmehr mehrere Monate bis zu einer Entscheidung warten müssen, oder bislang mangels Information keine Anträge gestellt haben.

Zudem bestehen, wie die hohe und erfolgreiche Rückholquote zeigt, bei Verwaltungen bessere Möglichkeiten, die säumigen Elternteile, die sich nicht ihrer Unterhaltspflicht stellen, zur Verantwortung zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sven Wolf, MdL  
Fraktionsvorsitzender

gez. Lothar Krebs  
Sprecher der SPD-Fraktion  
im Ausschuss für Soziales,  
Gesundheit und Wohnen